

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Telegramm-Adresse:
„Tageblatt“, Riesa.

Amtsblatt

Verlagspreis
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 212.

Dienstag, 12. September 1905, abends.

58. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in der Expedition in Riesa 1 Mark 50 Pfg., durch unsere Träger und Haus 1 Mark 65 Pfg., bei Abholung am Schalter der Kaiserl. Postanstalten 1 Mark 65 Pfg., durch den Briefträger frei ins Haus 2 Mark 7 Pfg. Nach Monatsabonnementen werden angenommen. Einzelne Nummern für die Nummer des Ausgabebetages bis vor Mittag 9 Uhr ohne Gebühr.

Druck und Verlag von Langner & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Poststraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Schmidt in Riesa.

Aufgehoben ist die am 14. September 1905, vorm. 10 Uhr im Gasthose zu Krausitz angelegte Versteigerung.
Riesa, am 12. September 1905.
Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts.

Wettturnen des Realgymnasiums zu Riesa

Donnerstag, den 14. September.

1. Wettturnen vorm. 9 Uhr auf dem Turnplatze.
2. Stafettenlauf mehrerer Mannschaften nach Strehla.

Abmarsch der dabei nicht beteiligten Schüler nach Strehla nachm. 1/2 Uhr vom Turnplatz. Die sehr geehrten Eltern, Behörden und alle Freunde der Schule ladet ergebenst ein
Riesa, den 12. Sept. 1905.
Dr. Göhl, Dir.

Anzeigen für das „Riesauer Tageblatt“ erbitten wir uns bis spätestens **vor Mittag 9 Uhr** des jeweiligen Ausgabebetages.
Die Geschäftsstelle.

Vertikales und Sächsisches.

Riesa, 12. September 1905.

Wie im Vorjahre hat die Staatsbahnverwaltung wiederum zur Bewältigung des Umschlagsverkehrs im Hafen zu Riesa ein- und Ausschleppen von Fahrzeugen einen Schlepplienst vom 15. September 1905 an eingerichtet. Alles Nähere ist aus der Betriebsordnung für diesen Schlepplienst zu ersehen, die bei der Eisenbahngüterverwaltung und dem Hafenmeister in Riesa zur Einsicht ausliegt.

Von einem Radfahrer überfahren wurde am Sonntag abends am Kaiser Wilhelm-Platz ein Knabe; er schien auch eine Verletzung erlitten zu haben, doch war näheres nicht zu erfahren; auch der Radler konnte nicht festgestellt werden.

Schon wieder hat sich auf der Elbe, in der Nähe von Kreinitz ein schwerer Schiffsunfall ereignet. Bei dem am Sonntag im Elbtale herrschenden starken Südweststurm wurde der auf der Tallahrt befindliche mit 8000 Zentner Kohlen beladene Deckfahr des Schiffseigners Karl Wiehig aus Reinhardtshof i. Sa. kurz unterhalb Kreinitz aus der Fahrtrinne verdrückt und quer über den Elbstrom getrieben. Hierbei stieß das Fahrzeug auf einen im Fahrwasser liegenden großen Stein auf und erhielt im Vordertheil ein so gewaltiges Loch, daß das Wasser rapid einströmte. Das Schiff ging in kurzer Zeit vollständig in Grund. Es sank so schnell, daß die Schiffsmannschaften nicht Zeit hatten, ihre Habe in Sicherheit zu bringen, sie mußten sich schleunigst ins Rettungsboot flüchten, um so das Leben zu retten; ihre gesamte Habe ging verloren. Das gesunkene Fahrzeug liegt bier in der Mitte des Stromes und wird vom Wasser überflutet. Der Schiffsverkehr an der Unfallstelle ist etwas erschwert, doch nicht behindert. Das Wasser stand am Sonntag 60–70 Zentimeter über Bord des Fahrzeuges, während der Nacht ist es jedoch um einige 20 Zentimeter zurückgegangen, so daß man hofft, mit den Vergungsarbeiten bald beginnen zu können. Ladung und Fahrzeug sind versichert, dagegen die verloren gegangene Habe der Schiffer nicht.

Herr Bürgermeister Dr. Seegen-Wurzen, der Kandidat der konservativen Partei im 8. städtischen Landtagswahlkreise, stellte sich gestern abend in einer öffentlichen Wählerversammlung im Wettiner Hofe vor und legte seine parteipolitischen Ansichten in einständigem freien Vortrage dar. Herr Stadtrat Dreißneider, der die Versammlung eröffnete, sprach Herrn Bürgermeister Härtwig für die 24-jährige, uneigennütige Tätigkeit als Vertreter des Kreises den Dank der konservativen Partei aus und fand den Wunsch berechtigt, daß auch fernherhin die Vertretung des Kreises einem konservativen Kandidaten zufallen möchte. In ruhiger, sachlicher Weise entlegte sich hierauf Herr Dr. Seegen seiner Aufgabe, nichts war zu bemerken von den in einigen früheren Wählerversammlungen zu tage getretenen Angriffen auf die gegnerischen Parteien und Kandidaten, was entschieden anerkannt zu werden verdient.

Eingang seiner Rede beschränkte sich Herr Dr. Seegen im wesentlichen auf die Darlegung seiner Stellung zu den in Sachsen selbst auf der Tagesordnung stehenden wichtigen Angelegenheiten. Nach Erklärung des Wesens der konservativen Partei und ihrer Grundzüge und nach einer Zusammenfassung der in neuerer Zeit gegen die konservative Partei erhobenen Vorwürfe des Agrarismus, der Gegnerschaft zu Handel und Industrie, wurde zunächst bezüglich des Verhältnisses zum Reiche herangezogen, daß der Kandidat durchaus auf dem Boden der Stärkung des Reichsgedankens und Ausbaurung der Reichseinrichtungen ohne jeglichen Partikularismus stehe, daß aber andererseits die Einzelstaaten, wenn anders sie der Erfüllung ihrer Hauptaufgabe, der Erziehung von Wohlstand und Kultur, gerecht werden wollten, eines entsprechenden Maßes von Selbstständigkeit besonders auf finanziellem Gebiete bedürften; diese müsse ihnen also erhalten und soweit nötig

verschafft werden, letzteres durch die Auseinanderlegung zwischen den Finanzen des Reichs und denen der Einzelstaaten, wobei aber die Einführung einer Reichseinkommensteuer zu vermeiden sei. Während man bei in Aussicht genommenen Betriebsmittelgemeinschaft der deutschen Eisenbahnverwaltungen durchaus zustimmen habe, liege das Verhältnis anders für die von mancher Seite erstrebte Betriebsgemeinschaft nach preußisch-hessischem Muster; denn bei der letzteren erhöhte Vorteil einer Steigerung der Eisenbahnrenten sei zum mindesten sehr zweifelhaft, dagegen werde Sachsen durch eine solche Maßnahme der Möglichkeit, sein Wirtschafts- und Verkehrsleben nach eigenem Ermessen auszubauen, sich zu einem Teile beraubt, woraus Schädigungen der nicht an den großen Verkehrsströmen gelegenen Orte und der in ihnen heimischen Industrien zu befürchten seien; sollte aber ohne diese Schmälerung der Selbstständigkeit eine engere Verbindung der verschiedenen Eisenbahnverwaltungen zu ermöglichen sein, so werde sich darüber reden lassen. Bei der hierauf folgenden Besprechung der wichtigen Frage des Landtagswahlrechts erkannte der Vortragende nach einer kurzen Schilderung der Entstehung und der Wirkungen des heutigen Klassenwahlrechts unumwunden dessen Verbesserungsbedürftigkeit an, verhehlte aber auch nicht die Schwierigkeiten, die bei der weitgehenden Verschleppung der Arbeiten der Schaffung eines allgemein befriedigenden Wahlrechts entgegenstehen. Die Grundlage hierfür müsse in erster Linie die Rücksicht auf eine gleichmäßigere Verteilung des Einflusses der verschiedenen Schichten der Wählerschaft bilden, die geheime Stimmabgabe sei auf jeden Fall zu wahren, die Integrität der Wahl möglichst als zu umständlich beseitigt werden, dasfern die Höhe der Steuerleistung als maßgebendes Moment beibehalten werde, so werde neben der Einkommensteuer nicht nur die Grundsteuer, sondern auch die Ergänzungssteuer mit anzurechnen sein. Bezüglich der Wahlrechtsfrage erklärte sich der Redner, soweit es sich um den Landtag handelt, gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht, selbst wenn es mit der Verhältniswahl verbunden werden sollte und ebenso gegen die Rückkehr zu dem Wahlrecht von 1868, da hierdurch eine große Zahl von Staatsbürgern das ihnen verliehene Wahlrecht wieder verlieren würde, bezeichnete dagegen das Pluralwahlrecht als sehr beachtlich, ohne sich indessen auf dieses ausschließlich festzulegen; auf jeden Fall müsse auch den Windermittelstücken eine angemessene Vertretung in der zweiten Kammer ermöglicht und ebenso eine entsprechende Vertretung des städtischen Elements und damit eine Vertretung des Einflusses von Handel, Industrie und Gewerbe herbeigeführt werden. Doch sei für letzteren Zweck die Befestigung des Unterschiedes von städtischen und ländlichen Wahlkreisen nicht erforderlich, vielmehr die Vermehrung der städtischen Wahlkreise als vorzuziehender leichter erreichbar vorzuziehen. Auch die Wünsche nach Auflösung der ersten Kammer für die Vertreter des Handels, der Industrie, des Gewerbes und anderer Berufsstände wurden als durchaus berechtigt anerkannt und ihre Unterstufung zugesagt und zwar so, daß die Vertreter jener Stände mindestens zum Teil durch ihre Interessenvertretungen frei zu wählen seien. Uebergehend auf die finanziellen Verhältnisse des Staates wies der Redner darauf hin, daß die auf deren Neuordnung gerichteten Bestrebungen zu einem gewissen Abschluß gelangt und daß die Regierung und die Stände einig gewesen seien in dem Bestreben, durch Sparmaßnahmen eine Befestigung herbeizuführen, die durch die in den letzten Jahren wesentlich verstärkte Tilgung der Staatsschulden bereits zum Ausdruck komme; die Sparmaßnahmen dürften indessen beim Eisenbahnbau nicht dazu führen, von Neuprojektierungen für längere Zeit gänzlich abzusehen, vielmehr werde auch weiterhin das Eisenbahnbau in den Grenzen der verfügbaren Mittel auszubauen sein. Den aus Anlaß der ungünstigen Gestaltung der Finanzverhältnisse gegen die konservative Partei erhobenen Vorwürfe wurde durch den Hinweis darauf entgegengetreten, daß in Finanzfragen namentlich bei der Vermittlung von Eisenbahnausgaben die Parteien des Landtags in der Regel einig gewesen seien, daß übrigens die sogenannte Finanzkrise zu einem großen Teile durch die ungünstigen, die Einkommen des Staates aus Steuern und staatlichen Betrieben nachteilig beeinflussenden wirtschaftlichen Verhältnisse sowie durch das immer bedenklicher werdende finanzielle Verhältnis zum Reiche herbeigeführt worden sei.

Die Neuordnung des Gemeindesteuerverwesens wurde als ein besonders wichtiger Gegenstand ausführlich behandelt und der Erlaß eines entsprechenden Gesetzes als für die Gemeindeautonomie und ebenbürtig und zur Befestigung vielfacher Unklarheiten sogar als erwünscht bezeichnet unter der Voraussetzung, daß es nur einen Rahmen für die Besteuerung in den Gemeinden abgebe durch Aufstellung von Grundfähn allgemeinen Art, im übrigen aber dem freien Ermessen der Gemeinden ausreichenden Spielraum gewähre. Die Einkommensteuer müsse auch für die Gemeinden als Hauptsteuer beibehalten werden; bezüglich der Grundsteuer, die an sich berechtigt sei, solange die politischen Vorrechte der Angehörigen fortbestehen, möge die Regelung in einzelnen den Gemeinden anheimgefallen bleiben, die Gewerbesteuer als Zwangssteuer sei entschieden abzulehnen; der sogenannte Bezirksausgleich werde so, wie

er vorgeschlagen war, unter Umständen zu großen Unbilligkeiten führen und sei deshalb in dieser Form nicht zu befürworten. Am Schlusse dieses Teils seiner Ausführungen betonte der Vortragende nochmals die Haltung und die Stellungnahme der Konservativen gegenüber der Gewerbesteuer, die sie in der 2. Kammer einstimmig als unannehmbar erklärt hätten, und leitete damit über zu einer ausführlichen Widerlegung des der konservativen Partei gemachten Vorwurfs der Feindseligkeit gegen Industrie und Handel. Spreche schon die Zusammensetzung der 2. Kammer, die zuletzt aus 35 Angehörigen der Industrie, des Handels und des Gewerbes, aus 23 Handwerkern und im übrigen aus Persönlichkeiten bestanden habe, bei denen in wirtschaftlichen Dingen eine ausgeprägte Parteistellung nicht voraussetzen sei, gegen jenen Vorwurf, so werde er durch die Tatsachen widerlegt: Die Entwidlung Sachsens zu einem Industriestaate ersten Ranges, die Schaffung eines außerordentlich dichten Eisenbahnnetzes würde nicht möglich gewesen sein bei einer industriellen und verkehrsfeindlichen Politik; der Bau neuer Straßen und Eisenbahnen, auch der unrentablen, erleichtere das Ausblühen noch unentwickelter Gegenden und zwar nicht nur in ländlichen, sondern ebenso in Industriebezirken. Im Anschlusse hieran erklärte sich der Redner für den Bau von Kanälen, zunächst eines solchen von Leipzig nach der Elbe bei Riesa, wofür der Abgeordnete des Kreises eingetreten habe. Wegen Einführung von Schiffsabgaben sei die Stellungnahme Sachsens noch nicht erfolgt, er werde jedoch im Interesse wichtiger Zweige der sächsischen Volkswirtschaft für Abgabefreiheit eintreten und dahin wirken, daß die sächsische Regierung im Bundesrat ihren Einfluß dahin geltend mache. Weiter gedachte er auch derjenigen Maßnahmen allgemeiner Natur, bei denen sich die Fürsorge der konservativen Partei für das Wohl aller Bevölkerungsklassen betätigt habe, wie Volks- und Fachschulwesen, und erinnerte schließlich an die von einer Anzahl konservativer, dem Handel, Gewerbe und der Industrie angehöriger Abgeordneten der 2. Kammer abgegebene Erklärung, daß nach ihrer auf Grund langjähriger Erfahrung feststehenden Ueberzeugung die Interessen ihrer Berufsgruppe durch die konservativen Mitglieder in der 2. Kammer im Landtage allezeit auf das nachdrücklichste vertreten seien. Die Stellung der konservativen Partei gegenüber dem Mittelstande wurde als eine in jeder Beziehung wohlwollende gekennzeichnet; soweit es sich um den Handwerkerstand und das Mittel- und Kleingewerbe handelte, seine Fachschulen für Gesellen und Lehrlinge weiter auszubauen, seine Fachschulen für Weibchen und Gewerksamkeit in ihren auf die Förderung der gewerblichen Interessen gerichteten Bestrebungen zu unterstützen; zur Erleichterung der äußeren Erfindungsbedingungen habe der Landtag schon vor Jahren einen Fonds von mehreren Millionen Mark zur Verfügung gestellt zur Gewährung von Darlehen zu billigen Zinssätzen an gewerbliche Betriebe, zur Einschränkung der Wanderlager bestrebt seit Jahrzehnten eine staatliche und gemeindliche Bestimmung derselben, für die Zukunft werde ein schärferes Vorgehen gegen den unlauteren Wettbewerb und das unzulässige Wappententum in Aussicht zu nehmen sein. Auch für die übrigen Schichten des Mittelstandes, wie Beamte, Geistliche, Lehrer würde die weitere Fürsorge der Landesverwaltung als erforderlich bezeichnet (Erhöhung der Wohnungsgeldzuschüsse der Staatsbeamten, einheitliche Bestattung der Pensionärverhältnisse für die Gemeindebeamten, anderweitige Regelung der Mindestgehälter für Volksschullehrer). Dasselbe gelte hinsichtlich der Arbeiterfrage, wiewohl dieser gegenüber infolge der Reichsversicherung über Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung die Vertretung der Einzelstaaten eine ziemlich beschränkte sei und im wesentlichen nur bei Maßnahmen allgemeiner Natur, wie Verbesserung des Schulwesens, sowie da in Betracht kommen, wo der Staat selbst Arbeitgeber sei. Der Kandidat schloß seinen Vortrag mit der Aufforderung, an dem in Sachsen bewährten Konservativen, nicht agrarischen Standpunkt auch bei der bevorstehenden Wahl festzuhalten. Auch in Zukunft würde die konservative Partei Schritt für Schritt der Besserung zutreiben, was sie schon seit einer Reihe von Jahren betätigt habe, dessen sich alle anderen Parteien nicht rühmen können.

In der Debatte ergriff zunächst Herr Rechtsanwalt Fischer das Wort und wies auf die Verhältnisse bei der vor 6 Jahren erfolgten Wiederwahl des Herrn Bürgermeister Härtwig hin. Er verteidigte die Meinung, daß ein Abgeordneter nicht die Interessen einzelner Städte, sondern die des ganzen Landes zu vertreten habe. Ferner sei bekannt, daß den konservativen Kandidaten die Wahlplattation sehr leicht sei; denn nach einer Aeußerung der Parteileitung habe man kein Programm aufzustellen, „weil es hinlänglich bekannt sei.“ Demzufolge behielten die Kandidaten freie Hand in ihren Meinungsäußerungen. Weiter meinte der Redner, die Konservativen hätten sich für öffentliche Stimmabgabe erklärt; in der Angelegenheit der Schiffsabgaben habe man einen konservativen Abgeordneten,